

**Suhl** – Zu den Zyklen der Straßenreinigung äußern die Freien Wähler ihren Unmut. Gemeinsam mit der SPD-Fraktion hatten die Freien Wähler im jüngsten Stadtrat den Antrag eingebracht, die Gebührensatzung zur Straßenreinigung in den Finanzausschuss zurückzuverweisen. „Unsere Absicht war es, damit auch eine Änderung in der Satzung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen zu erreichen“ erklärte die Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler, Ingrid Ehrhardt.

Die derzeit in der Reinigungsklasse 3 durchgeführte „1malige Reinigung in der Woche“ sollte auf eine zweiwöchige Reinigung reduziert werden. In zahlreichen Gesprächen mit Bürgern sei immer wieder bestätigt worden, dass die wöchentliche Reinigung übertrieben ist. Die Sauberkeit sei auch bei zweiwöchiger Reinigung dieser Straßen gegeben.

„Die vom Finanzdezernenten in der Stadtratssitzung genannte Kehrichtmenge ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel“, bekräftigte Ingrid Ehrhardt. Die Kehrmaschine fege in vielen Straßen nicht nur Schmutz auf, sondern auch jede Menge „Asphalt-Bruch“ aus den Löchern und Rissen. Das werde so bleiben, da

Straßensanierungen derzeit aus Geldmangel nicht auf der Tagesordnung stehen können.

„Sicher hätte es keine großen Entlastungssummen für die betroffenen Bürger ausgemacht, aber ein Zeichen wäre es allemal gewesen und eine Chance, diese Entscheidung jetzt zu regeln, da ohnehin neue Bescheide verschickt werden müssen“, so die Freien Wähler. Die Reinigungsgebühren seien auf Grund der Gesetzeslage für jeweils vier Jahre zu kalkulieren. Deshalb wäre es zwingend gewesen, die Reinigungssatzung, die die Grundlage bildet für die Gebührenberechnung, jetzt zu ändern. Für die Freien Wähler zähle das Argument nicht, dass dies für die Verwaltung in der kurzen Zeit, die zur Versendung der Gebührenbescheide verbleibt, nicht zu schaffen sei.

„Als Demokraten akzeptieren wir das Votum von CDU, Linken, FDP und Aktiv für Suhl gegen unseren Antrag mit der SPD. Das bedeutet aber nicht, dass wir diese Entscheidung gut finden“, hob Ingrid Ehrhardt hervor. Zumal auf Grund der „erpresserischen Vorgaben“ der Landesregierung mit der Erhöhung der Grundsteuern die nächsten Belastungen für Bürger in Sicht seien.